

Annoncen-
Annahme-Direc^stor.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Bilkerstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mr. 107.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Petitzeile ober deren Raum, Rellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Sonnabend, 11. Februar.

A m f l i c h e s.

Berlin, 10. Februar. Der König hat dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Dr. Böle in Münster den Charakter als Geheimer Justiz-Rath verliehen und den derzeitigen Zweiten Bürgermeister der Stadt Magdeburg Bötticher, der von der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wahl gemäß, als Ersten Bürgermeister der genannten Stadt auf die gesetzliche zwölfjährige Amts dauer bestätigt.

Politische Uebersicht.

Posen, den 11. Februar.
Die „N. A. Z.“ bringt folgende im charakteristischen Jargon
der Offiziösen gehaltene Notiz:

„In mehreren Zeitungen finden wir die Mittheilung, der Reichskanzler beabsichtige sich auf telephonischem Wege mit dem Reichstage und dem Abgeordnetenhouse in Verbindung zu setzen, um sich auf diese Weise die Möglichkeit zu schaffen, den parlamentarischen Debatten mit größerer Ruhe zu folgen, eventhalter, wenn nötig fröhlicher als es sonst der Fall sein kann, im Abgeordnetenhouse resp. im Reichstage durch persönliches Erscheinen in den Gang der Verhandlungen eingreifen zu können. Wir sind in der Lage zu versichern, daß dies keineswegs in der Absicht des Fürsten Bismarck liegt, dem es einerseits sicherlich an Macht fehlt, dem Parlamentarismus noch mehr Zeit zu widmen, als er es thut, und der außerdem den berechtigten Wunsch hegen dürfte, in seinem Hause vor stundenlangen und unnützen Redeerüßen geschützt zu sein.“

Immer liebenswürdig gegen die Volksvertretung! Das ist offenbar der Wahlspruch der Herren Offiziösen, die nicht müde werden, Respekt vor den obersten Staatsgewalten zu predigen, während sie doch selbst der einen derjelben gegenüber die gewöhnlichsten Anstandsrücksichten gewohnheitsmäßig und offenbar tendenziös mit Füßen treten.

Die „Grenzboten“ setzen dieses Mal unter der Firma eines „Konrad Hermann“ die Bemühungen fort, den deutschen Reichstag zu diskreditiren als einen Tummelplatz der „Anarchie der politischen Meinungen“. Es scheint uns überflüssig, den Reichstag von heute gegen den Vergleich desselben mit dem Regensburger Reichstag in Schuß zu nehmen; nicht überflüssig aber ist es, die Schlussfolgerung niedriger zu hängen, welche der Korrespondent der „Grenzboten“ aus seiner Schilderung der politischen Anarchie der Gegenwart zieht. Die neueste Studie, welche die versprechende Ueberschrift: „Das Kaiserthum und unsere nationale Politik“ trägt, beginnt mit dem geschichtsphilosophischen Satze:

"Auf eine Zeit des Parteikampfes und der mehr oder weniger wüsten und ziellosen Anarchie ist in der Regel eine solche des Absolutismus oder der uneingeschränkten Herrschaft irgend eines Einzelnen gefolgt."

zellen geblügt.
Der Verfasser sieht in dem neuen Deutschland nichts als Parteikämpfe und ziellose Anarchie; wenn also das deutsche Reich nicht eine Ausnahme von der Regel macht, so stehen wir an der Schwelle einer Zeit „des Absolutismus oder der uneingeschränkten Herrschaft irgend eines Einzelnen“. Wir haben es also mit einer Variante des Wortes des Reichskanzlers zu thun, es gebe Zeiten, in denen liberal und solche, in denen diktatorisch regiert werden müsse; dieses Wort hat offenbar irgend einen offiziösen Zungenhelden und Prahlhans nicht ruhen lassen.

Offiziös wird geschrieben: „Wie erinnerlich, wurde in der Thronrede bei Gröfzung der gegenwärtigen Landtagssession die Vorlage einer Denkschrift über die planmäßige Regulirung mehrerer kleiner schiffbarer Flüsse, nicht minder einer Denkschrift über die gegenwärtige Lage der preußischen Kanalprojekte in Aussicht gestellt, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, den Bau der ersten großen Abtheilung des Rhein-Weier-Elbe-Kanals alsbald in Angriff nehmen und noch in der bevorstehenden Session eine bezügliche Vorlage einbringen zu können. Wenn demgegenüber in verschiedenen Zeitungen die Auffassung ausgesprochen ist, daß „an Stelle“ der letztgedachten Vorlage vorläufig jene Denkschrift über die Kanalprojekte dem Landtage mitgetheilt sei, so ist das nicht zu treffend. Nach unseren Informationen wird an der Hoffnung der Einbringung der bezeichneten Gesetzesvorlage vielmehr unverändert festgehalten; nur war es nicht zu ermöglichen, gleichzeitig mit jener Denkschrift auch diese Gesetzesvorlage an den Landtag der Monarchie gelangen zu lassen.“

Das ultra-orthodoxe (protestantische) „Kirchliche Wochenblatt für Schlesien und die Oberlausitz“ bemerkte in seiner neuesten Nummer: „Der Staatsminister Dr Falck hat das Präsidium des Oberlandesgerichts in Hamm übernommen. Er hat längst bemerkt, daß seine Hilfsstruppen im Reichs- und Landtage immer fahnensüchtiger werden. Und vor den Stürmen, die anlässlich der neuesten kirchenpolitischen Vorlage im preußischen Landtage über seine immer mehr dahinsterbenden Maigesetze hereinbrechen würden, konnte er schnell noch in einen Hafen flüchten. Es ist auch nicht unrecht, daß derselbe mittlerweile in katholischen Landen sich ihm aufslut. Die werden ihm schlägender als alle Gegner seiner Maigesetze die Schattenseiten und Luftlöcher derselben zum Bewußtsein bringen.“

Die Klagen über die Schädigung des deutschen

Exports durch unreelle Lieferung wollen nicht verstimmen. So liegen jetzt Mittheilungen aus einem Berichte des deutschen Konsulats in Yokohama für das Jahr 1880 vor, denen die „Volks-Ztg.“ einige eklante Fälle entnimmt: Ein Berliner Fabrikant hatte auf Grund hierher gesandter Mustier eine Anzahl wollener Shawls zu liefern; die dem hamburger Agenten des in Yokohama ansässigen Handelshauses vorgelegten Proben stimmten mit den Original-Mustern überein, die Fakturen wurden deshalb anerkannt und bezahlt. Bei Ablieferung der Waare an den japanischen Käufer ergaben sich indessen: 1) daß die einzelnen Shawls bedeutend loser als die Mustier gewebt waren und ein Mindergewicht von 13 Prozent hatten; 2) daß ein nicht bestelltes Dessin darunter war, daß zwei Dessins — von sechs — ganz ungenau hergestellt, bei dem einen eine in Japan sehr unbeliebte röthliche Nuance willkürlich eingefügt war und daß ein Theil der Waare lose statt geknotete Fransen hatte. In Folge dieser durch einen amtlichen Sachverständigen konstatirten Mängel verweigerte der japanische Auftraggeber die Abnahme, zu der er sich schließlich mit 15 p.C. Preisherabsetzung bereit fand. Den Schaden hatte das japanische Imperialhaus zu tragen, das keinerlei Entschädigung von dem Fabrikanten erlangen konnte, für die Folge aber nichts mehr mit deutschen Fabrikanten zu thun haben will. — Eine ausdrücklich zu 30 Zoll bestellte Sendung Musseline aus Sachsen erwies sich bei Abnahme nur 28 Zoll breit. Der Fabrikant erklärte, daß die Stücke auf den Stühlen 30 Zoll gehabt und später eingeschrumpft wären, wurde aber doch gerichtlich zur Tragung des Schadens verurtheilt. — Ein Handelshaus in Yokohama übernahm es, für Rechnung eines Fabrikanten 10,000 Stück Musseline monatlich zu verkaufen. Als etwa 50,000 Stück abgesetzt, stellte es sich heraus, daß die Stücke sämmtlich zu kurzes Maß hatten. Dadurch wurde der Verkauf der Waare zu marktgängigem Preise unmöglich und die bisherigen Abnehmer wandten sich wieder französischer Waare zu, die in Bezug auf Maß und Vorzüglichkeit niemals Anlaß zu Tadel gab. — Bei einer Sendung von 500 Kilogramm Nickel aus Hannover war die Waare nicht, wie bestellt, 75 p.C., sondern nur 30 p.C. nickelhaltig und dadurch unverkäuflich.

Im Landesausschuss von Elsaß-Lothringen hat der Abbé Winterer einen von 32 Mitgliedern unterzeichneten Antrag eingereicht, demzufolge die Regierung ersucht wird, mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Einführung der deutschen Sprache im Landesausschuss vielen Mitgliedern desselben bei der Ausübung ihres Mandates bereite würde, geeignete Schritte zur Abänderung des Reichsgesetzes vom 21. März 1881 zu thun.

Wie man der „Magdeb. Btg.“ aus Paris meldet, hätte die amerikanische Diplomatie dort und in Berlin Auftrag erhalten, über die Beteiligung an einer neuen Münzkonferenz zu sondieren. In Paris halte man jedoch, lange nicht England dem Bimetallismus sich nähernde Vorschlägmacht, wozu keine Aussicht vorhanden ist, eine neue Konferenz für zwecklos. Eine diplomatische Korrespondenz ist über diesen Gegenstand seit Auflösung der vorjährigen Münzkonferenz zwischen den Mächten nicht geführt worden. Der gegenwärtige Augenblick hat übrigens für die französischen Finanzmänner so vielerlei Sorgen, daß die internationalen Münzverhältnisse weit abliegen; so sehr Leon Say an sich sehr geneigt sein mag, Propagandafür den Bimetallismus zu machen.

Die Wetterwolken, welche sich schon drohend über den Haupte des österreichischen Finanzministers von Dunajewski zusammengezogen hatten, sind glücklich wieder zerstreut und der Bestand des Ministeriums Taaff erscheint auf unbestimmte Zeit gesichert. Die ganze Verwickelung und Entwicklung hat sich überraschend schnell und ganz unvorhergesehen abgespielt. Die Stellung des Finanzministers war durch seine bekannten Beziehungen zur Union générale und zur österreichischen Länderbank, sowie durch seine in dem Finanzausschusse abgegebenen Erklärungen, welche einen Verlust an österreichischen Staatsgeldern wenigstens nicht auf allen Zweifel stellen, stark erschüttert.

Die Vorgänge in den letzten Reichsrathssitzungen sind, nach der Ansicht der „Tribüne“, wohl vor Allem nur als die Symptome dafür zu betrachten. Es handelte sich um eine Vorlage der Regierung auf Erhöhung des Petroleumzolles von 3 auf 10 Gulden und auf gleichzeitige Einführung einer sehr beträchtlichen Petroleumsteuer. Während die Linke, wie nicht anders zu erwarten, entschieden gegen eine derartige Belastung protestierte, welche sich naturgemäß in den untersten Klassen der Bevölkerung am drückendsten geltend macht, zeigte sich auch die Rechte gegen die Wünsche der Regierung widerspenstig. Das rechte Zentrum, welches sich aus den Gruppen Höhewart und Liebacher zusammensegt, erklärte bestimmt, gegen die Vorlage stimmen zu wollen, der auch die Polen, die bekanntlich in finanziellen Fragen sich unter diesem Ministerium stets einer ganz besonderen Berücksichtigung zu freuen hatten, wegen der darin enthaltenen Belastung der galizischen Petroleumfabrikation, wenig sympathisch gegenüberstehen. Eine Niedriglage und damit der Sturz des Finanzministers schien unvermeidlich, als Graf Taaffe seinem bedrohten Kollegen zu Hilfe eilte, indem er das Gesamtministerium zur Stellung der Kabinetsfrage bestimmte. Damit trat die Angelegenheit in eine neue Phrase; die Sorge, sich die jetzige Regie-

rung zu erhalten, überwog bei der Rechten, Graf Goetzenburg schwante das Regierungslager über und schließlich strekte auch die Gruppe Lienbacher, deren Führer als Redner gegen die Vorlage eingetragen war und jetzt auf das Wort verzichtete, die Waffen.

Es sind rein politische Erwägungen gewesen, welchen das Land diese neue, schwere Belastung verdankt. Sachlich ist dieselbe nur mit den fadenscheinigsten Argumenten vertreten worden. Jedensfalls ist es interessant, daß Herr von Dunajewski sich als Hauptargument das Dogma des Fürsten Bismarck angeeignet hatte, daß das Ausland den Zoll bezahle. Ob und welche besonderen Konzessionen Graf Taaffe gemacht hat, um die Rechte zu den Absichten der Regierung zu belehren, ist zur Stunde noch unbekannt, doch erhält sich das Gerücht, daß Graf Hohenwart in das Ministerium eintreten werde.

Über den äusseren Verlauf bei den Verhaftungen, welche neulich in Lemberg und mehreren anderen galizischen Städten vorgenommen wurden, wird der "Pol. Kor." aus Lemberg unterm 6. d. gemeldet:

„Anlässlich der Gnilički-Affaire erhielt die Lemberger Polizei die Anzeige, daß bei der hier wohnhaften verehelichten Tochter des Hofrats D o b r z a n s k i , Frau H r a b a r , politische Zusammensetzung stattfinden und daß bei derselben wichtige, politische Dokumente zu saffiren wären. In Folge dieser Anzeige wurde seitens der hiesigen Polizei bei der Genannten eine Haussuchung vorgenommen, welche die Richtigkeit der angeführten Umstände ergab und zur Beichlagnahme einer Korrespondenz so belangreicher Natur führte, daß die Polizei sich veranlaßt sah, dieselbe sofort an die Statthalterei zu leiten, welche ihrerseits die saffirten Schriftstücke unverweilt der Staatsanwaltschaft abtrat. Dies geschah Freitag, den 3. d. M. Mittags. Die Staatsanwaltschaft veranlaßte augenblicklich den Zusammentritt des Gerichtssenats zur Provozierung eines gerichtlichen Beschlusses und nach einstündiger Berathung verfügte letzterer die schleunige Verhaftung aller durch die saffirte Korrespondenz als kompromittirt erscheinenden Persönlichkeiten. Es wurde Befehl ertheilt, diese Verhaftungen hier und in allen anderen Städten (Stanislavom, Kolomea, Czernowitz u. s. w.) gleichzeitig vorzunehmen, weshalb dieselben insgesamt vorgestern, den 4. d. ms Werk gejagt wurden.“

Über das Gesetz, betreffend die Einrichtung einer czechischen Universität in Prag wurde am 9. d., wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, vom Herrenhaus eine fünftündige Sitzung abgehalten. Beide Parteien haben ihre besten Redner entfendet. Die lebhafte Debatte ist noch nicht abgeschlossen. Die liberale Kommission mehrheit befürwortet die strengste Sonderung der jetzigen Anstalt in zwei Universitäten. Die konservative Minderheit, sowie die Regierung wünschen die Annahme der Abgeordnetenhaus-Beschlüsse, wonach die Gebäude und das Vermögen der jetzt deutschen Hochschule künftig beiden Hochschulen gemeinsam gehören sollen. Die Garantie der deutschen Sprachkenntniß bei den Hörern der czechischen Universität haben die Liberalen fallen lassen.

Über die montenegrinischen Wirren wurde am 7. d. abermals dem "Czas" aus Wien telegraphirt: daß „für den Fall, wenn sich die Anarchie in Montenegro gegen den Fürsten Nikolaus richten sollte, die Intervention Österreich-Ungarns eintreten müßte, um die Rechte der fürstlichen Dynastie in Montenegro aufrechtzuerhalten. Dies würde den vom „Czas“ wiederholt signalisierten Anlaß zur Okkupation Montenegros durch österreichische Truppen bieten.“

Wir können, sagt dazu die „P r e s s e“, aus verschiedenen Gründen an dieses im „C z a s“ mit wiederholter Hartnäckigkeit auftretende Gericht nicht glauben. Eine solche Intervention könnte nur auf Verlangen des Fürsten N i k o l a erfolgen; doch liegt zu einem solchen Ansuchen nach unseren Informationen kein Grund vor. Und wenn die Position des Fürsten tatsächlich gefährdet sein sollte, werden sich nach unserer Meinung die Montenegriner selbst zu helfen wissen. Wir können uns auch keine Kombination der Ereignisse denken, in der wir eine solche Intervention aufheben könnten.

Der österreichische Botschafter Beust wird demnächst wieder aus Wien nach Paris zurückreisen, dann aber, wie es heißt, alsbald zur Disposition gestellt werden.

It das Kabinett Freycinet lebensfähig? Diese Frage wird nicht nur in Paris, sondern in ganz Frankreich häufig wiederholt. Um dies zu erproben, laufen die Gambettisten gegen das neue Kabinett Sturm, sie haben aber bittere Erfahrungen gemacht. Brission's Organ, „Siècle“, hofft, daß die feste Haltung der Kammer einen beruhigenden Eindruck auf das Land machen werde, und Grévy's Blatt, „La Paix“, schreibt: „Die Abstimmung vom 6. d. ist die Antwort an die, welche an der Lebensfähigkeit des Kabinetts zweifelten.“ Die Stimmung gegen das freche Treiben der Gambettisten wurde durch Raquet's Auftreten in der Kammer stark gereizt. Raquet, früher Kommunard, neuerdings Gambettist, ist zäh und unverschämt in einem Grade, wie es Ueberläufer häufig im ersten Eifer der Bekämpfung sind. Sehr auffallend, aber nicht überraschend ist die Haltung Clémenceau's: er hat Gambetta fürzen helfen, ist aber sehr mißvergnügt über den Beifall, den Freycinet findet. „Siècle“ macht bei Gelegenheit der Karikaturen der „Petite république“ auf den Aufklärungssaal aufmerksam, der in den Bureaux der

gambettistischen Blätter entworfen wurde: im offiziellen Organe Gambetta's wird eine plannmäßige Bekämpfung der am 21. August gewählten Kammer und des Kabinetts vom 26. Januar gemacht, in der „Petite république“ wird den Lesern, die nicht ernst oder gebildet genug sind, um ernste Politik zu treiben, die Kammer als ein Auswurf von Dummköpfen und Dückmäusern vorgeführt. Das „Siècle“ thut, als müsse Gambetta über die Röhigkeit und Gemeinheit seiner „Petite“ überrascht sein, zieht schließlich aber aus dem allem den Schluss, daß die Deputirten auf der Hut sein müssten, um die Pläne gewisser Leute zu vereiteln. Die Warnung kommt etwas spät, aber sie zeigt, daß Brissot klarer über die jetzige Lage denkt, als Clémenceau, der immer klüger als der Rest der Nation sein will und eine Thorheit über die andere begeht.

Das „Journal officiel“ enthält die Erklärungen der Verlängerung der bestehenden Handels-Verträge zwischen Frankreich einerseits und Österreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Italien, Portugal und Schweden und Norwegen bis zum 15. Mai 1882 und Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz bis zum 1. März 1882 andererseits.

Garibaldi befindet sich nach den Nachrichten, welche der „Kölner Ztg.“ auf telegraphischem Wege am 7. d. aus Neapel zugegangen sind, auf dem Wege der Genesung und es werden deshalb ärztliche Berichte über sein Befinden nicht mehr ausgegeben. Den ärztlichen Anordnungen zufolge soll Garibaldi jedoch noch keinen Besuch annehmen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 10. Februar. [Die Kreisordnung für Hannover. Die Bimetallisten. Antifortschrittliche Agitation.] Nach dem Ergebnis der gestrigen ersten Lesung der Kreis- und Provinzialordnung für Hannover kann so viel als feststehend angesehen werden, daß die Vorlage in der, für die Weiterführung der Verwaltungsreform im ganzen Staate präjudizirlichen Fassung der Regierung nicht durchgehen wird; gegen diese sind die Herren v. Bennigsen und Windhorst übereinstimmend, und der parlamentarische Scherz, daß in den Fällen, in denen diese beiden hannoverschen Politiker über hannoversche Angelegenheiten einig sind, sie das Haus beliebig lenken können, wird sich wieder bewahrheiten: mit Herrn v. Bennigsen werden vermöge sachlicher Uebereinstimmung alle Liberalen, mit Herrn Windhorst trotz ziemlicher Gleichgültigkeit gegen die Sache die Klerikalen votiren, und so ist die Majorität gegen den Vorschlag der Regierung gesichert, die Theilnahme der Laien an der mittleren Verwaltungsinstanz und die Einführung der Verwaltungsgerichte in Hannover zu verschieben, bis diese Einrichtungen in den östlichen Provinzen „revidirt“ sind, d. h. in's Unbestimmte. Ob statt dessen der Antrag der hannoverschen National-Liberalen angenommen wird, den Einführungstermin für die gesamte Verwaltungsreform in Hannover auf 1885 zu verlegen, oder ob die Vorlage wieder, wie im vorigen Jahre, scheitert, ist ungewiß, aber auch für die Lage der Verwaltungsreform-Gesetzgebung im Allgemeinen von geringerem Belang, als die Ablehnung der von der Regierung vorgeschlagenen „Übergangs-Bestimmungen“. Denn würden mit diesen demnächst neue Kreis- und Provinzialordnungen, sowie das vorjährige Organisationsgesetz in der westlichen Hälfte des Staates eingeführt, so fiele, da das Bedürfnis der Regierung nach eingerahmten übereinstimmenden Verwaltungs-Einrichtungen im ganzen Staate alsdann befriedigt wäre, für sie jeder Zwang, sich über den Abschluß der in der Mitte abgebrochenen Reform für den ganzen Staat mit dem Abgeordnetenhaus zu verständigen, fort; und der jetzige Zustand, daß z. B. das Organisationsgesetz ohne das zu seiner Ergänzung bestimmte neue Kompetenzgesetz gehandhabt wird, und daß in der einen Hälfte des Staates Selbstverwaltung mit den Rechtskontrollen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in der anderen Hälfte aber die alte burokratische Verwaltung besteht, könnte noch bequemer als bisher, auf unbestimte Zeit beibehalten werden. Der in der Verschiedenheit aller, auch für die Zwecke der Regierung einer gewissen Gleichförmigkeit bedürftigen Einrichtungen enthaltene Druck wird allem Anschein nach bei dieser Gelegenheit nicht verringert werden, Dank dem hannoverschen Partikularismus des Herrn Windhorst. — Der neubegründete b i m e t a l l i s t i s c h e V e r e i n , an dessen Spitze bekanntlich Herr von Kardorff steht, hat seine Thätigkeit damit eröffnet, daß er soeben eine Abhandlung des bekannten belgischen Nationalökonomien und Vorkämpfers der Doppelwährung, Emil de Laveleye, für die Wiedereinführung des Silbers in seine Rolle als Währungsmittel in deutscher Ueberzeugung herausgibt. Der Schriftführer des Vereins und wohl die Seele desselben, wie der deutschen bimetallistischen Agitation überhaupt, der hiesige Privatdozent Dr. Otto Arent, hat zu der Ueberzeugung eine polemische Einleitung geschrieben. Trotz des verstärkten Eifers, den unsere Bimetallisten unleugbar neuerdings wieder entwickeln, scheinen sie selbst doch keineswegs sehr zuversichtlich zu sein, und die innerhalb der Regierung herrschende Auffassung gibt ihnen auch keinen Grund dazu; Deutschland wird, falls die Pariser Münzkonferenz wieder aufgenommen werden sollte, sie wieder beschicken, aber man würde es hier lieber sehen, falls man dieser, für zwecklos erachteten Mühe überhoben würde. — Die bei der Reichstagswahl geschlagene hiesige „antifortschrittliche“ Agitation ist wieder sehr rührig am Werke, sich für die im Herbst bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus zu organisieren, oder vielleicht auch unter diesem Vorwande mehr für den Fall einer baldigen Auflösung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung. Nachdem der erwartete Erfolg aber beim allgemeinen, gleichen und direkten Stimmrecht ausgeblichen, können die Chancen dieser Agitation beim Drei-Klassen-Wahlsystem der Landtags- und Kommunalwahlen nur als sehr gering betrachtet werden.

Breslau, 9. Februar. Daß die deutschen Universitäten mit großer Munizipalität ausgestattet sind, kann nicht geleugnet werden; selbst kleine Universitäten mit einer sehr geringen Studentenzahl haben großartige Bauten für ihre Lehrzwecke erhalten. Wir glauben aber, nicht fehl zu gehen, wenn wir behaupten, daß Breslau bei dieser Fürsorge des Staates bis jetzt am längsten bedacht worden ist; seit Jahren liegen die Pläne für ein neues Anatomiegebäude fertig, aber von einer Aussicht auf den Bau ist noch immer nichts zu merken. Und doch hat unsere Stadt ein großes Interesse daran, daß unsere Universität die Bedeutung sich erhält, die sie durch ihre vorzüglichen Lehrkräfte sich errungen hat. Unsere Bürgerschaft und ihre Vertretung hat stets die besten Beziehungen zu unserer Hochschule gepflegt und das geistige Leben unserer Stadt hat aus denselben immer neue Anregung gefunden. Die Kommune hat nach unserer Ansicht in ihrem eigenen Interesse die Pflicht, z. B. bei der Ausschreibung von Baustücken für Universitätszwecke die größte Bereitwilligkeit den Königlichen Behörden entgegenzutragen. Der Staat aber, meinen wir, hätte gerade der breslauer Universität gegenüber, welche nicht bloß für Schlesien, sondern auch für die Provinz Posen den Samelpunkt für alle Bestrebungen deutscher Kultur und deutscher Wissenschaft bilden soll, Veranlassung, dieses wichtige Lehrinstitut in jeder Weise zu fördern. Sind die Agitationen der Polen, welche Herr v. Gosler in der gestrigen Sitzung als so gefährlich hinstellte, wirklich in dem von ihm geschilderten Maße vorhanden, so sollte die Hochschule, welche im Osten unseres Vaterlandes gewiß eine ebenso bedeutungsvolle Mission zu erfüllen hat, als Straßburg im Westen, doch wenigstens in dem Maße berücksichtigt werden, als Universitäten, welche kaum den dritten Theil der Zuhörer haben. Wir lassen unten eine Zusammenstellung der Zahl der Studenten an den deutschen Universitäten folgen; aus derselben geht hervor, daß Breslau die zweitgrößte Universität Preußens und die viertgrößte Deutschlands ist, und daß sie besonders auch in Bezug auf die Zahl der Mediziner einen hervorragenden Rang einnimmt. Wir glauben, unsere Universität verdient es jedenfalls, daß sie ihrer Größe entsprechend auch berücksichtigt werde.

Im laufenden Winter-Semester haben fündirt:

im Ganzen: Mediziner:		im Ganzen: Mediziner:	
in Berlin	4634	in Straßburg	788
= Leipzig	3317	= Marburg	646
= München	1968	= Greifswald	644
= Breslau	1444	= Heidelberg	610
= Halle	1351	= Erlangen	504
= Tübingen	1157	= Freiburg	488
= Göttingen	1071	= Dena	464
= Würzburg	1006	= Gießen	433
= Bonn	875	= Kiel	321
= Königsberg	836	= Rostock	235
	853		166
	528		164
	547		316
	316		127
	191		106
	170		178
	161		91
	509		71
	145		103
	174		56

(Bresl. Ztg.)

Vocales und Provinzielles.

Posen, 11. Februar.

Der „Kurier Poznański“ bespricht in seiner gestrigen Nummer die vom Kultusminister v. Gosler am letzten Dienstag im Hause der Abgeordneten gehaltene Rede. Auf den vom Minister den polnischen Geistlichen gemachten Vorwurf, daß dieselben ganz besonders ihre agitatorische Thätigkeit auf die polnischen Vereine ausdehnen, äußert sich das klerikale Blatt dahin, daß dies noch keineswegs so schlimm sei, wie der Minister glaubt; es könne aber, wenn der Kultuskampf noch lange bestehen sollte, so schlimm werden. Wenn in öffentlichen Volksversammlungen von Geistlichen Vorträge über Schul- und Wahlangelegenheiten gehalten werden, so sind dies nach der Behauptung des „Kurier“ solche Geistliche, welche in Folge des Bestehens der Maigesetze auf der Kanzel nicht öffentlich reden dürfen. — Die jungen Geistlichen, auf welche sich dies bezieht, würden demnach vom „Kurier“, resp. den Führern des polnischen Ultramontanismus, angehalten, ihre gegenwärtige freie Zeit nutzlich auszufüllen, und bis sie einmal die Seelsorge der katholischen Bevölkerung unserer Provinz übernehmen und das Evangelium der christlichen Liebe nach ihrer Weise verkünden dürfen, sich praktisch als Agitatoren und Säemanns des Hasses zu üben. — Auf den Hinweis des Ministers, daß die hiesige polnische Presse ihre agitatorische Thätigkeit bis nach der Masuren ausdehne, bemerkt der „Kurier“, daß dies sich besonders auf einen Artikel des hiesigen „Przyjaciel ludu“, der in welchem polnische Abgeordnete für die von Masuren bewohnten Gegenden Ostpreußens gefordert wurden. Nach der Behauptung des „Kurier“ sind es die bekanntlich der evangelischen Kirche angehörenden Masuren selbst, welche polnische Abgeordnete für sich beanspruchen. — In wie weit die Agitation nach der Masurei von hier aus polnischerseits betrieben wird, wollen wir hier nicht weiter erörtern. Es sei nur bemerk, daß die hiesigen polnischen Blätter den masurenischen Brüdern seit einiger Zeit ihr Augenmerk ganz besonders zuwenden.

S. Im Naturwissenschaftlichen Verein hielt am 9. d. M. Dr. Wild einen Vortrag über das Fleisch und dessen Verwendung im Haushalt. Der Vortragende erörterte zunächst die Zusammensetzung des Fleisches aus Muskelgewebe, Fett und Fleischfett, wies darauf hin, daß das Fleisch junger, sowie gut genährter Thiere saftiger sei, als dasjenige älter und schlechtgenährter, und daß ebenso das Fleisch fetter Thiere reicher an Trockensubstanz (Stoffstoffhaltigen Bestandteilen, Fett und Asche) sei, als dasjenige magerer Thiere, und daß auch die einzelnen Theile ein und dasselben Thieres einen verschiedenen Gehalt an Trockensubstanz haben, so daß demnach mit Recht auch der Preis dieser einzelnen Theile ein verschiedener sei. Zwischen den einzelnen Fleischsorten sei kein chemischer Unterschied nachweisbar; der Unterschied sei vielmehr wesentlich ein physikalischer und beruhe vornehmlich auf der Verschiedenheit der Feinheit des Muskelgewebes. — Was nun die Verwendung des Fleisches im Haushalte, die Zubereitung, betrifft, so wird durch Kochen und Braten die chemische und physikalische Beschaffenheit desselben geändert. Durch das Kochen werde das Fleisch leichter verdaulich, als es im rohen Zustande ist. Kommt es darauf an, eine kräftige Brühe durch das Kochen zu gewinnen, so müsse man dasselbe mit kaltem Wasser langsam zum Sieden bringen, um auf diese Weise die löslichen Stoffe möglichst zu extrahieren, wogegen das ausgekochte Fleisch zäh und kraftlos ist. Kommt es darauf an, durch Kochen ein schmackhaftes saftiges Fleisch zu gewinnen, so ist das rohe Fleisch mit bereits Kochendem Wasser aufzusetzen, wobei man allerdings eine sehr mangelhafte Brühe erhält. Will man gute Brühe, und auch genießbares Fleisch erhalten, so ist das rohe Fleisch mit Wasser von ca. 50 Gr. Gels. aufzusetzen, dieses dann rasch zum Kochen zu bringen, und später das Sieden bei nur 75 Gr. Gels. längere Zeit fortzuführen; das Gewürz setze man nicht sofort, sondern erst später

hinzu, damit nicht das Aroma desselben verloren gebe. Während beim Kochen das heiße Wasser auf das Fleisch einwirkt, ist es beim Braten die heiße Luft des Bratofens, welche die Veränderung des Fleisches bewirkt; man lasse das Fleisch nicht vor dem Braten, da es hierdurch einen Theil des Fleischfastes verliert, nehme vielmehr das Salzen erst während des Bratens vor, welches bei recht raschem Feuer erfolgen muß. — Was nun die Konservierung des Fleisches betrifft, so kann man dazu entweder das Trocknen desselben anwenden, eine allerdings bisher wenig übliche Methode; oder man bewahrt das Fleisch bei einer möglichst niedrigen Temperatur in Eiskellern auf, worauf auch der Transport frischen Fleisches von Amerika nach Europa beruht; oder man schließt den Lustzutritt zum Fleische durch einen Überzug von Gelatine, Parafin etc., oder durch Aufbewahrung in zugelöhten Blechbüchsen ab; oder man pöbelt das Fleisch mit Salz ein, wobei allerdings ein Theil des Fleischfastes verloren geht; oder man räuchert das Fleisch, was man neuerdings auch durch Schnarräucherung mittels Holzfässes erreicht, wobei jedoch das Fleisch an Fartheit verliert, oder manwendet andere antiseptische Mittel, wie Salzsäure etc. an. Von Fleischwaren wird besonders die Wurst auf mancherlei Weise verschärft und dadurch ihr Nährwert vermindert; das Färben mancher Würste mit Anilinrot ist schon aus dem Grunde gefährlich, weil dieses Anilinrot nicht immer vollständig frei von Arsen ist. — Der Vortragende erörterte zum Schluss die Bereitung und die Eigenschaften des Fleischfests, welches er als kein eigentliches Nahrungsmittel, sondern als Genüggmittel bezeichnet, dessen Hauptwert darin besteht, daß es einen wohltätigen Einfluß auf die Verdauung habe. Das Fleischfeste der Fabrik zu Herzyc bei Posen unterscheidet sich neuendring von dem Liebig'schen Fleischfeste dadurch, daß es einen etwas höheren Leingehalt (unbeschadet der Haltbarkeit) habe, in Folge dessen auch der Wassergehalt ein etwas höherer, der Gehalt an Extraktstoffen ein etwas niedrigerer sei. Andererseits sei der Preis ein etwas niedrigerer, als der des Liebig'schen Fleischfests, der Geschmack ein sehr guter, und außerdem die Garantie vorhanden, daß dasselbe nur aus dem Fleische von gesunden Thieren bereitet wird, während diese Garantie bei dem aus Amerika und Australien kommenden Fleischfeste fehlt. — Den nächsten Vortrag hält am 16. d. M. Realschullehrer Dr. Mendelsohn über Verbrennungen (mit Experimenten).

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 10. Februar. In der am 9. Februar unter dem Vorsitz des Staatsministers von Böttcher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats nahm die Versammlung zunächst Kenntnis von dem Beschuß des Reichstags über die am 28. Mai 1881 in Galas unterzeichnete Zusatzakte zur Schiffahrtsakte für die Donaumündungen. Eine durch Beschuß des Reichstags überwiesene Petition wegen Erstattung des Zolls für eingeführte frische Viehleber, sowie die Vorlagen betreffend die Organisation des Unternehmens der Beobachtung des Vorüberganges der Venus vor der Sonne im Jahre 1882 und betreffend die Beteiligung Deutschlands an internationalen Polarforschungen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Berücksichtigung überwiesen. Mit dem Ausschlußantrag, wegen Ermächtigung der Hauptzollämter zu Singen und zu Altona zur Absertigung von Garn etc. bezw. von Zucker, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Auch wurde auf den Antrag des zuständigen Ausschusses beschlossen, ein Gesuch um Erlaß von nächstbenennem Zoll für Tabak abschlägig zu bezeichnen. Schließlich legte der Vorsitzende mehrere Eingaben vor, die zunächst den Ausschüssen überwiesen wurden.

Frankfurt a. M., 10. Februar. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus London gemeldet wird, sind 4 Mann von dem gesunkenen deutschen Schiff „Elsette“ gerettet worden.

Darmstadt, 10. Februar. Der Großherzog begiebt sich heute zur Theilnahme an den Beisezungsfeierlichkeiten nach Schwerin.

München, 10. Februar. Die Abgeordnetenkammer berieb heute über den Antrag Schel's, an den König die Bitte zu richten, die bairischen Bevollmächtigten zum Bundesrat zu beauftragen, einer auf Einführung des Tabaksmonopols im deutschen Reiche abzielenden Gesetzesvorlage nicht zuzustimmen. Auf heftige Angriffe des Abg. Bomm gegen die Regierung antwortete der Finanzminister v. Riedel, er könne sich über das Materielle des Antrages nicht aussprechen, da eine Vorlage bezüglich des Tabaksmonopols noch nicht eingegangen sei. Im Lebigen widerlegte der Finanzminister die Anklage wegen schwacher Wahrnehmung der bairischen Reservatrechte und wies den Vorwurf, daß das Ministerium die bairischen Landesfarben nicht liebe, für sich und seine Kollegen energisch zurück. Die Regierung müsse auch das Gedächtnis des Reiches berücksichtigen. Die preußische Regierung habe gegen Baiern stets volle Bundesfreundlichkeit bewiesen und niemals sei von einem Angriffe auf die Reservatrechte die Rede gewesen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Schel's mit 98 gegen 43 Stimmen angenommen, ein Antrag v. Stauffenberg's auf motivierte Tagesordnung abgelehnt.

Gegenüber den Vorwürfen des Abgeordneten Kopp über Preisgebung von Kronrechten, wie der Justiz-, Finanz-, Münz- und Militärhoheit, sowie des Gesandtschaftsrechts und daß das Ministerium durch Zulassung des Monopols im Begriffe sei, die letzten Thronrechte nach Berlin auszuüben, ferner auf tadelnde Neuherungen des Abgeordneten Ruppert wegen mangelnder Energie in der Vertretung der Rechte Baierns im Bundesrat von Seiten Baierns bezüglich der Gesetzesvorlagen der letzten drei Jahre erklärte der Finanzminister, die Frankenstein'sche Klausel entbehre des praktischen Wertes, denn die Einnahmen auf Grund dieser Klausel würden doppelt durch Ausgaben genommen. Das Reservatrecht der Biersteuer werde nie preisgegeben werden. Dem Volkswirtschaftsrat sei im engeren Interesse des Landes zugestimmt worden. Da der preußische Volkswirtschaftsrat mit seinem Einfluß auf die preußische Regierung bereits bestanden, so sei es gereichen gewesen, ihn durch bairische Mitglieder zu verstärken. Hinsichtlich des Unfallgesetzes sei im Interesse der Versicherten eine große Anzahl besser als viele kleine. Der Vorwurf der Vernachlässigung des Förderativprinzips sei unbegründet, das Ministerium sei jederzeit ernstlich bestrebt gewesen, die Rechte Baierns zu erhalten, dabei müsse man aber objektiv und mit voller Bundesstreue zu Werke gehen. — Mit Ausnahme des Kriegsministers war das ganze Ministerium anwesend.

Wien, 10. Februar. Das Abgeordnetenhaus nahm in der Spezialdebatte den Paragraphen 1 des Gesetzesentwurfs betreffend die Erhöhung des Petroleumzolls in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 146 Stimmen an. Die übrigen Paragraphen wurden ohne jede Diskussion genehmigt.

Im Herrnhauß wurde die prager Universitätsvorlage beraten. Nach dem Schlusworte der beiden Ber-

Wetterbericht vom 10. Februar, 8 Uhr Morgens.

erstatter wurde der Paragraph 1 derselben in der Spezial-debatte nach dem Antrage der Minorität, also im Sinne des vom Abgeordnetenhaus gefassten bezüglichen Beschlusses mit 82 gegen 55 Stimmen genehmigt. Die von der Majorität vorgeschlagene Fassung war bei der namentlichen Abstimmung mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt worden. Der Rest der Vorlage wurde ebenfalls nach dem Antrage der Minorität ohne Debatte angenommen und das ganze Gesetz sodann in dritter Lesung zum Beschluss erhoben. Die Resolution betreffs der Garantien für die Kenntnis der deutschen Sprache wurde nach längerer Debatte, an welcher auch der Kultusminister v. Eybesfeld teilnahm, abgelehnt.

Wien. 10. Februar. Offizieller Bericht des General-Kommandos in Serajewo vom 9. d. M.:

Das obere Karenta-Thal ist fortwährend der Hauptzit des Aufstandes. Die Banden von Tunquus und Salsoforo, etwa 200 Mann stark, stehen bei Hanzimje, Glavaticevo und Bjelemic, das Gros der Aufständischen in einer Stärke von 1200 Mann bei Ulof, die Bande von Kovacievic mit ihrem Gros von 500 bis 600 Mann, welche bisher gegen Foca overirte, hat sich durch allmäßige Zugänge verstärkt, während die Bande auf Krbljina, 200 bis 300 Mann stark, Zugang aus der Gegend von Foca erhält. Es scheint, daß die Banden, nachdem ihre Angriffe auf Foca mißlungen sind, sich wieder auf Krbljina konzentrieren. FML Jovanovic meldet die Beisetzung von Tedenice durch das 3. Feldjäger-Bataillon, unter kräftiger Mitwirkung der Kriegsmarine, wobei auf österreichischer Seite 1 Mann getötet und 5 Mann verwundet wurden. Aus Nevesinje wird gemeldet, daß ein Infanterist des 71. Regiments bei einem Patrouillen-Gefecht gegen die Insurgenten, welches in der Nähe von Dajena stattfand, leicht verwundet worden ist.

Die "Wiener Abendpost" veröffentlicht eine Erklärung des Direktors der kaiserlichen Privat- und Familienfonds, Hofstabs Baron Mayr, welche die Zeitungsgerüchte über Verluste, welche das kaiserliche Privatvermögen und der kaiserliche Familienfonds bei der Union générale und bei Vontour ersitten haben sollen, ausdrücklich als der thatsächlichen Begründung vollständig entbehrend bezeichnet, da die Verwaltung der kaiserlichen Fonds weder mit der Union générale, noch mit Vontour jemals in irgend einer Verbindung gestanden habe. Ebenso unrichtig sei die seiner Zeit von französischen Journals gebrachte Behauptung, daß die österreichische Länderbank Gelder der kaiserlichen Familie aufbewahre, indem alle mit der Verwaltung der kaiserlichen Fonds verbundenen Geschäfte nach wie vor ausschließlich durch ein anderes Wiener Bankinstitut besorgt würden.

Odessa. 9. Februar. Der englische Dampfer "Kosmos" ist auf der Fahrt von Sebastopol nach England mit 12,000 Tschetwert Getreide an Bord unweit Kilia untergegangen. Der Kapitän und 26 Mann von der Schiffsmannschaft haben ihren Tod in den Wellen gefunden.

Paris. 10. Februar. Die Voruntersuchung gegen Vontour ist dem Vernehmen nach nahezu beendet. Der Vertreter des Staatsprokurator, Richardière, begibt sich heute Abend nach Wien, um genaue Erhebungen über die Beziehungen zwischen der Union générale und der Länderbank vorzunehmen und namentlich zu ermitteln, ob die Gesellschaftsfonds der Länderbank nicht mit denjenigen der Union générale identisch sind.

London. 9. Februar. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke antwortete auf eine Anfrage des Deputirten Worms, der russisch-persische Grenzvertrag werde vorgelegt werden, sobald eine Abschrift desselben eingegangen sei. Der entfernteste Grenzpunkt sei noch weit von Sarakhs entfernt, die Angelegenheit sei augenblicklich Gegenstand diplomatischer Kommunikationen. — Northcote zeigt an, daß er die Vorlage der Regierung, durch welche der Debattenschluß eingeführt werden solle, bekämpfen werde. Marriot (liberal) kündigt an, daß er die Herbeiführung des Debattenschlusses durch einfache Majorität bekämpfen werde. — Auf eine Anfrage Mr. Coan erklärte Unterstaatssekretär Dilke, die neue egyptische Regierung habe sich bereit erklärt, die Kredite für die Staatschuld von der Kontrolle der Notablenkammer auszuschließen und der Letzteren nur die Kontrolle über innere administrative Ausgaben zuzugestehen; auch habe dieselbe hinzugefügt, daß sie die Garantie für die regelmäßige Erfüllung der den egyptischen Gläubigern gegenüber übernommenen Verpflichtungen als eine heilige und unverzichtbare Sache betrachte. Die Ansichten der britischen Regierung hierüber anzukündigen, halte er für verfrüht. Hierauf wurde die Adressdebatte fortgesetzt. Der Deputirte Smyth wollte den von ihm beantragten Zusatz zur Adresse zurückziehen, die Irlander erhoben gegen die Zurücknahme des Zusatzes Widerspruch.

Londou. 9. Februar. Wie das "Neuter'sche Bureau" erfährt, ist die gestrige Meldung der "Saint-James-Gazette", daß Lord Granville einen Verbalprotest an den russischen Botschafter gegen das Vorgehen Russlands in Zentralasien gerichtet habe, durchaus unbegründet.

Kairo. 9. Februar. (Telegramm des "Neuter'schen Bureaus".) Die Finanzkontrolleure haben in einer Binschrift an den Ministerpräsidenten auf das Dekret des Khedive vom 18. November 1879 hingewiesen, in welchem ihnen der Ministerrat mit Stimmrecht in allen denjenigen Fragen eingeräumt wird, die sich auf die Finanzlage Egyptens, sowohl auf die für die Verwaltung der öffentlichen Schulden, wie auch auf die für den gesammten anderen öffentlichen Dienst bestimmten Einnahmen beziehen. Der Ministerpräsident wird gleichzeitig ersucht, diese Binschrift dem Khedive und dem Ministerrat mitzuteilen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
10. Nachm. 2	764,8	W mäßig	bedeckt	+1,1
10. Abends 10	763,5	Windstille	bedeckt Nebel	-0,7
11. Morgs. 6	762,2	S schwach	bedeckt Nebel	-1,8

Am 10. Wärme-Maximum + 20° Cels.

Wärme-Minimum - 1° Cels.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduziert. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmore	756	SW	4 Regen	9
Aberdeen	758	S	7 bedeckt	8
Christiansund	758	SD	1 heiter	1
Copenhagen	770	SW	2 Nebel	1
Stockholm	766	W	4 bedeckt	-2
Haparanda	754	W	2 heiter	-1
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	756	S	1 halb bedeckt	-14
Görl. Queenst.	758	SSW	7 Regen	10
Brest	767	SD	7 bedeckt	4
Helder	770	S	2 wolfig	1
Solt	770	WSW	4 Dunst	2
Hamburg	772	SSW	3 Nebel	-3
Swinemünde	773	SSW	1 Dunst	0
Neufahrwasser	771	NW	2 bedeckt	2
Memel	767	WNW	4 bedeckt	2
Paris	—	—	—	—
Münster	772	SSW	2 Nebel	-2
Karlsruhe	774	SW	2 Nebel	-3
Wiesbaden	773	SD	1 Nebel	-3
München	773	SW	2 heiter	-8
Leipzig	774	S	1 wolkenlos	-4
Berlin	772	SW	1 Nebel	-0
Wien	776	still	wolkenlos	-5
Breslau	774	W	2 Nebel	-2
Le d'Air	—	—	—	—
Riga	—	—	—	—
Triest	776	ORD	1 wolklos	2

1) Seegang leicht. 2) Große See. 3) Nebel. 4) Abends wenig Regen. 5) Große See. 6) Nachts Reif. 7) Rauhfrost.

Skala für die Windstärke:
1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = trüffig, 6 = stark, 7 = stief, 8 = stürmig, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nord Europa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Unter dem Einfluß einer neuen Depression sind bei ziemlich rasch fallendem Barometer und Eintritt von Thauwetter, die südlichen und südwestlichen Winde über den britischen Inseln stark aufgefrischt. Scilly meldet Südstorm. Auch über der Nordwesthälfte Zentral-Europas ist bei abnehmendem Lustdruck die südwestliche Luftströmung entschiedener geworden, so daß für unsere nordwestlichen Gebietsteile mildes, trübfeuchtes Wetter zu erwarten ist. Auf dem Gebiete östlich der Linie Haparanda-Breslau-Pest fand beträchtliche Erwärmung statt. In Deutschland außer im Nordosten und auf Sylt herrschte Frostwetter.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. Februar Morgens 0,68 Meter.
10. Mittags 0,68
11. Morgens 0,70

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 10. Februar. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,50. Pariser do. 81,15. Wiener do. 170,95. R.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 98,5. R.-M.-Pr.-Anh. 128,5. Reichsanl. 101,5. Reichsbank 147,5. Darmstb. 153,5. Meiningen 88,5. Ost.-ung. Bl. 696,00. Kreditaktien 257,5. Silberrente 63,5. Papierrente 64,5. Goldrente 78,5. Ung. Goldrente 72,5. 1860er Loosse 119,5. 1864er Loosse 326,00. Ung. Staatsl. 224,50. do. Ostb.-Obl. I. 92,5. Böhm. Westbahn 255,5. Elisabethb. —. Nordwestbahn 177,5. Galizier 249,5. Franzosen 257,5. Lombarden 109,5. Italiener 86,5. 1877er Russen 88,5. 1880er Russen 71,5. II. Orientali. 57,5. Zentr.-Pacific 111,5. Diskonto-Kommandit —. III. Orientali. 57,5. Wiener Bankverein 99,5. ungarische Papierrente —. Buschtiereader —. Junge Dresden —.

Frankfurt a. M., 10. Februar. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 258,5. Franzosen 257,5. Lombarden 109,5. Galizier 251,5. österreichische Goldrente —. ungarische Goldrente —. II. Orientali —. österr. Silberrente —. Papierrente —. II. Orientali —. ungar. Papierrente —. 1880er Russen —. Darmstädter Bank —. 4,5% Un. Ungar. Goldrente —. Wiener Bankverein 99,5. Diskonto-Kommandit 185. 1860er Loosse —. Ziernlich fest.

Wien, 10. Februar. (Ans.-Course.) Ungar. Kreditaktien 282,50. österr. Kreditaktien 293,25. Franzosen 302,50. Lombarden 127,00. Galizier 291,50. Nordwestbahn 208,50. Elbthal 216,00. österr. Papierrente 73,85. do. Goldrente —. ungar. Papierrente —. 4proz. ungar. Goldrente 84,75. Marknoten 58,55. Napoleons 9,55. Bankverein 110,75. Günzig.

Wien, 10. Februar. (Schluß-Course.) Die günstigeren Berichte von den auswärtigen Plätzen und der Stückemangel in Kreditaktien wirkten günstig. Banfen, Bahnen und Renten wesentlich höher.

Papierrente 73,70. Silberrente 75,50. österr. Goldrente 92,70. ungarische Goldrente 118,25. 1854er Loosse 118,00. 1860er Loosse 129,50. 1864er Loosse 172,00. Kreditloose 175,00. Ungar. Prämien 113,50. Kreditaktien 284,00. Franzosen 302,50. Lombarden 127,00. Galizier 292,50. Kasch.-Oderb. 139,00. Pardubitzer 147,00. Nordwestbahn 208,00. Elisabethbahn 205,50. Nordbahn 243,50. Österreich. ungar. Bank —. Türk. Loosse —. Unionbank 116,70. Anglo-Austr. 118,00. Wiener Bankverein 108,00. Ungar. Kredit 284,50. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 98,80. Napoleons 9,54. Dukaten 5,62. Silber 100,00. Marknoten 58,52. Russische Banknoten 1,21. Lemberg-Gronowits —. Kronpr.-Rudolf 162,50. Franz.-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 216,50. 4prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —. Elbthal 216,50. ungarische Papierrente 84,50. ungar. Goldrente 84,75. Buschtiereader B. 160,00. Ung. Präm. —. Eskompte —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 291. Franzosen —. Galizier —. Lombarden —. II. Orientali. —. III. Orientali. —. österr. Goldrente —.

Wien, 10. Februar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 283,00. österr. Kreditaktien 293,50. Franzosen 301,00. Lombarden 126,00. Galizier 292,00. Anglo-Austr. —. öst. Papierrente —. do. Goldrente —. Marknoten 58,52. Napoleons 9,54. Bankverein 108,00. Elbthal 215,50. ungar. Papierrente —. 4prozent. ungar. Goldrente 84,75. 1877er Russen —. Franzosen —. Lombarden —. Unbekannt.

Paris, 9. Februar. (Schluß-Course.) Träger. 3proz. amortis. Rente 82,52. 3proz. Rente 82,30. Anleihe de 1872 114,67. Italien. 5proz. Rente 85,00. österr. Goldrente —. 6proz. ungar. Goldrente —. 4proz. ungar. Goldrente —.

5vros. Russen de 1877 —. Franzosen 635,00. Lomb. Eisenbahnen-Aktien 272,50. Lomb. Prioritäten 273,00. Türken de 1865 11,10. Türkenloose 47,00. III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 580. Spanier exter. 26,5. do. inter. —. Suezkanal-Aktien 2010. Banque ottomane 692. Union gen. —. Credit foncier 151,50. Egypt 322,00. Banque de Paris 1070,00. Banque d'escompte 580,00. Banque hypothécaire —. Londoner Wechsel 25,29. 5proz. Rumänische Anleihe —. Banque de Lyon u. de la Loire 350,00. London, 10. Februar. Consols 99,5. Italien. 5proz. Rente 84,5. Lombard. 10,5. 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 85,5. 5proz. Russen de 1872 84,5. 5proz. Russen de 1873 83,5. 5proz. Türken de 1865 10,5. 3proz. fundierte Amerikaner 104. Dostier. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 71. Dostier. Goldrente —. Spanier 26,5. Egypt 64, 4proz. preuß. Consols 99,5. 4proz. bar. Anleihe —.

Blagiscont 5,5 p.C. Silber —. In die Bank fließen heute 172,000 Pf. Sterl.

Florenz, 10. Februar. 5p.C. Italien. Rente 90,20. Gold 21,13. Petersburg, 10. Februar. Wechsel auf London 24,22. II. Orient-Anleihe 90. III. Orientanleihe 90,5.

New York, 9. Februar. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94,5. Wechsel auf London 4,84. Wechsel auf Paris 5,17. 3proz. fundierte Anleihe 102,5. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 118,5. Erie-Bahn 39,5. Zentral-Pacific 113,5. New York Centralbahn 131,5. Chicago-Glenbahn 143,5. Cable Transfers 4,90. Geld leicht, für Regierungssicherheiten 2 Prozent, für andere Sicherheiten 3 Prozent.

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Februar. Wind: SW. Wetter: Schön.
Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität gefordert, abgel. Anneld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark ab Bahn, per Februar — bezahlt, per Februar-März — M. bez., per April-Mai 223½ M. bez., per Mai-Juni 223½—223 M. bez., Juni-Juli 223½—223 bezahlt, Juli-August 216½ bez., Sept.-Okt. 214 Br. Grl. — Ztr. Regulierungspreis — Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 170—179 M. nach Qualität gefordert, inländischer 175 bis 177½ a. B. bez., hochseiner inländischer — Mark ab Bahn bezahlt, exq. do. — M. ab B. bez., defekter russ. 163 ab B. bez., alter — Mark ab B. bezahlt, russischer und polnischer 170—174 Mark a. B. bezahlt, per Februar 173 bezahlt, per Februar-März 171½ bezahlt, per April-Mai 169½—168½ bezahlt, per Mai-Juni 167½—168½ bezahlt, per Juni-Juli 165½—165 Mark bezahlt. Gekündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 23,20 M. — Oelsaat per 1000 Kilo. — Mark. — Winterrohs — M. Winterrohs — Mark. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fas 55,0 M. mit Fas 55,3 M. per Februar 55,5 Mark, per März 55,5 bez., per April 55,8 bez., April-Mai 55,8 bez., Mai 56,1 bez., Mai-Juni 56,0—55,1 bez., Juni 56,5 bez., September-Oktober 56,7 bez. Gekündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. — Einöd 100 Kilo loko — B. — Petroleum per 100 Kilo loko 25,0 Mark, per Februar 24,5 bezahlt, per Februar-März 24,1 bezahlt, per April-Mai 24,0 bez., per Mai-Juni — Mark bezahlt, per September-Oktober 25,2 Mark. — Gekündigt — Zentner. Regulierungspreis 173 Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 133—200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 138—172 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 139 bis 147 M. bezahlt, ost- und westpreußischer 143—157 M. bezahlt, pommerscher und Udermärker 143—152 bezahlt, schlesischer 152—158 bez., böhmischer 152—158 M. bezahlt, do. fein 160—164 bez., sein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 142—141½ bez., per Mai-Juni 142½ Mark bezahlt, per Juni-Juli 143½ M. Gekündigt — Zentner. Regulierungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaren 170—175 M. Rüttnermaare 156 bis 164 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 143—153 nach Qualität gefordert, per Februar — Mark. Februar-März — M. per April-Mai 141 Mark, per Mai-Juni 139 Mark. Gekünd. — Ztr. Regulierungspreis — M. M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm brutto 00: 32,00 bis

Berlin, 10. Februar. Die Börse emanzipierte sich heute wieder etwas von der gefürchteten Schwarzeherre, die Gerüchte, mit denen man gestern die Börse einzuschüchtern drohte, haben sich als unbegründet erwiesen. Die Gefahr politischer Verwickelungen sieht man nicht mehr so nahe gerückt und ebenso erscheint wieder der Horizont in finanzieller Hinsicht etwas aufgeklärt, wenigstens sind neuerdings keine Anzeichen zu bemerken, die auf eine Verschärfung der Lage hindeuten könnten. Dieselbe vertrauensvolle Aussicht, wie sie hier auftrat, war auch in den aus Wien eintreffenden Telegrammen zu erkennen; auch die dortige Börse gibt einer günstigeren Ansicht Raum. Auf die Gesamtentwicklung des Verkehrs bleiben aber auch die überaus günstigen

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Februar 1882.
Preußische Fonds- und Geld-Courte.
Preuß. Cons. Anl. 4½ 105,00 b3
do. neue 1876 4 101,00 b3
Staats-Anleihe 4 101,00 b3
Staats-Schuldsch. 3½ 99,00 b3
Ob.-Deich.-Obl. 4½ 99,80 b3
Berl. Stadt-Obl. 4½ 102,50 G
do. 3½ 95,25 G
Schles. d. P. Kfm. 4½
Pfandbriefe:
Berliner 5 109,25 b3
do. 4½ 104,25 G
Bandsch. Central 4 100,75 b3
Kurz. u. Neumärk. 3½ 95,00 b3
do. neue 3½ 90,75 b3
do. 4 101,25 b3

Pomm. G. B. 120½ 106,50 b3
do. II. IV. 110½ 102,75 G

Pomm. III. rdg. 100 5 99,80 b3 G

Pr. G.-B.-Pfdbr. 100 5 105,6 b3 B

do. do. rüdg. 100 4½ 102,90 b3

(1872 u. 74) 4 5

do. (1872 u. 73) 5

do. (1874) 5

do. II. rdg. 100 5 100,00 G

Schles. Bod.-Geb. 5 102,80 G

do. do. 4 105,60 G

Stettiner Pak. Hyp. 5 100,50 b3 B

do. do. 4 102,75 b3 G

Königliche Obligat. 5 109,50 b3

Ausländische Fonds.

Amerik. gel. 1881 6

do. do. 1885 6

do. Bds. (fund.) 5

Norweger Anleihe 4½

Rewyort. Std.-Anl. 6 124,50 b3 G

Desterr. Goldrente 4 78,80 b3

do. Pap.-Rente 4 62,75 b3

do. Silber-Rente 4 64,25 b3

do. Disconto 4 169,50 b3 B

Magdebg. Privat. 4 117,75 b3

Mecelb. Bodencred. 4

do. Hypoth.-B. fr. 97,25 G

Reining. Credibl. 4 88,90 b3

do. Hypotheken 4 91,25 b3

do. Niederländ. Bank 4 95,75 G

do. Lipp.-Geb. 4 121,75 B

do. Hypo.-Handelsb. 4 84,00 b3

do. Prudukt. 4 74,00 B

Sächsische Bank 4 122,60 b3 G

do. St. G. v. St. Gar. 4 87,00 b3 G

do. St. G. v. St. Gar. 4 108,00 b3 G

Südb. Bodencredit 4 136,80 b3

Industrie - Börsen.

Brauerei Pagenhof. 4

Dannenb. Kattun. 4

Deutsche Bauges. 4

Dr. Eisenb.-Bav. 4

Ungar. Stahl- u. Eis. 4

Dommermardhütte 4

Dortmunder Union 4

Eggels. Mach.-Alt. 4 25,25 b3 G

Erdmannsd. Spinn. 4 36,25 b3

Floß-Charlottenb. 4

Frisch u. Rosm. Näh. 4 79,60 b3 G

Gelsenkirch.-Bergw. 4 126,50 b3 G

Georg.-Marienwürfe 4 90,10 B

Gibernia u. Sham. 4 85,00 b3 G

Immobilien (Berl.) 4 82,00 B

Kramsta. Leinen-G. 4 94,50 G

Lauchhammer 4 29,00 b3

Lazrabütte 4 113,10 b3

Lüne. Liebf.-Bergw. 4 40,25 b3 G

Magdeburg.-Bergw. 4

Marienh.-Bergw. 4 61,30 b3

Schweizer Union 4 41,25 b3

Südb. Westbahnh. 4 29,10 b3 G

Wartau-Brotz 4 129,50 G

Wartau-Wien 4 235,00 b3 G

Ölfab.

Phönix B.-A. Lit. A 4 82,50 G

Phönix B.-A. Lit. B 4 36,50 b3

Redenwütte cons. 4 93,00 b3

Rhein.-Nass.-Bergw. 4 69,00 b3

Rhein.-Westf. Ind. 4

Röbel.-Halberstadt 4 88,25 G

Rögl.-Halbst.-B. abg. 4 88,20 b3 G

Unter den Linden 4 88,20 G

Wöhlert Maschinen 4 125,50 b3 G

Wöhlert Maschinen 4 17,00 G

Zoll. 100 5 100,00 G</p